

Europa übertreibt mal wieder

EU will Hausumbau für Behinderte erzwingen

(pm). Veronika Bellmann (CDU), Mitglied des Bundestagsausschusses für die Angelegenheiten der EU sowie Bauen, Verkehr und Stadtentwicklung, hat in der Sitzung der Facharbeitsgruppe die Verschärfung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie thematisiert und daraus eine Forderung für die Bundesregierung abgeleitet: „Die EU-Kommission plant verschärfte Auflagen für Vermieter. Sie will Eigentümer von privatem Wohnraum und damit auch Wohnungen im Altbestand auferlegen, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes barrierefreien Zugang für Behinderte zu schaffen.

Das würde bedeuten, dass Vermieter ihre Wohnungen ausbauen müssten, noch bevor konkrete Anfragen von behinderten Interessenten vorliegen. Diese Umbaupflicht könnte den Vermietern viele Millionen kosten. Aber auch Mieter müssten mit Kostensteigerung rechnen, denn Umbau- und infolgedessen auch Betriebskosten (beispielsweise Fahrstühle) können auf Mieter umgelegt werden. Wenn also Behinderten kein

angemessener Wohnraum angeboten werden könne, gelte das bereits als Diskriminierung. Private Wohnungsvermieter müssten mit entsprechenden Strafen rechnen. Die Forderung, Personen mit Behinderung Zugang zu angemessenem Wohnraum zu verschaffen, ist grundsätzlich richtig, daraus aber innerhalb einer kurzen Frist, eine zwingende Umbaupflicht für Wohnungsvermieter abzuleiten, würde insbesondere private Vermieter und kleine Wohnungsunternehmen überfordern.

Abgesehen davon wären derartige Regelungen ohnehin im nationalen Recht zu regeln und bedürfen keiner Vorschrift der EU. Warum die EU auch nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, der die Kompetenzbereiche eindeutig festlegt, immer wieder versucht in nationales Recht einzugreifen, kann ich nicht nachvollziehen.

Deshalb kann ich die Bundesregierung nur auffordern, im Europäischen Rat der Verabschiedung dieser Vorlage der EU-Kommission ihre Zustimmung zu verweigern.“